

9. Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit

Im Folgenden sind Bericht und Antrag des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit zum Fünften Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit vom 25. März 2011 (Drucksache 17/1709) und zur Stellungnahme des Senats vom 16. August 2011 (Drucksache 18/33) wiedergegeben:

I. Bericht

Die Bürgerschaft (Landtag) überwies in ihrer Sitzung am 11. Mai 2011 den Fünften Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit vom 25. März 2011 (Drucksache 17/1709) und in ihrer Sitzung am 31. August 2011 die dazu erfolgte Stellungnahme des Senats vom 16. August 2011 (Drucksache 18/33) an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit zur Beratung und Berichterstattung.

Der Ausschuss hat den Fünften Jahresbericht sowie die Stellungnahme des Senats in seiner Sitzung am 14. September 2011 beraten. Er ließ sich durch die Landesbeauftragte für Informationsfreiheit und die Senatorin für Finanzen über den aktuellen Stand und die Erfahrungen mit dem Informationsfreiheitsgesetz informieren.

Verbesserungsbedarf sieht der Ausschuss insbesondere im Hinblick auf die in § 11 Bremer Informationsfreiheitsgesetz normierten Veröffentlichungspflichten. Nach wie vor kommen viele senatorische Dienststellen und nachgeordnete Behörden ihrer Verpflichtung zur Veröffentlichung von Dokumenten nur unzureichend nach oder stellen diese erst mit erheblicher zeitlicher Verzögerung ins Informationsregister ein. Um das Informationsregister für die Bürgerinnen und Bürger attraktiv zu gestalten, ist es jedoch wichtig, dass diese zeitnah auf für sie wichtige Dokumente zugreifen können.

Nach Auffassung des Ausschusses sollten die Behörden daher nachdrücklich an ihre Veröffentlichungspflichten erinnert werden, um den Umfang und die Aktualität des Informationsregisters weiter zu steigern.

Der Ausschuss hat diesen Bericht einstimmig beschlossen.

II. Antrag

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) tritt den Bemerkungen des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit bei.